**Muster 1**

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Bezirksregierung Köln  Dezernat 25  50606 Köln  [Dezernat25@brk.nrw.de](mailto:Dezernat25@brk.nrw.de) | | Antragauf Gewährung einerZuwendung | | |
| Wird von der Bezirksregierung ausgefüllt: | | | | |
| Ordnungsmerkmal: | |  | | |
|  | | | | |
| 1. Antragstellerin / Antragsteller | | | | |
| Name / Bezeichnung |  | | | |
| Anschrift | (Straße / PLZ / Ort / Kreis) | | | |
| Auskunft erteilt | (Name / Tel. (Durchwahl)) | | | |
| Gemeindekennziffer |  | | | |
| Bankverbindung | (IBAN) | | | (BIC) |
|  | (Bezeichnung des Kreditinstitutes) | | | |
| Landesplanerische Kennzeichnung |  | | | |
| 2. Maßnahme | | | | |
| Bezeichnung / angesprochener Zuwendungsbereich |  | | | |
| Durchführungszeitraum | (von / bis) | | | |
| Baulänge der Maßnahme in Metern | | |  | |
| Gesamtlänge des Radweges  (beidseitige Radwege zählen doppelt, Angabe in Metern) | | |  | |
| Radwegeanteil an der Gesamtmaßnahme  (prozentualer Kostenanteil an den Gesamtkosten des Vorhabens) | | |  | |
| Anzahl neu geschaffener Fahrradabstellplätze  (z.B. 2 Plätze je Anlehnbügel, 1 Platz je Fahrradbox, etc.) | | |  | |

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 3. Finanzierungsplan | | | | | | | | |
|  | | Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit) | | | | | | Summe |
|  | | Beginn- jahr | | 1. Folge- jahr | | 2. und weitere Folge- jahre | |  |
|  | | in EUR | | | | | | |
| 1 | | 2 | | 3 | | 4 | | 5 |
| 3.1 Gesamtkosten | |  | |  | |  | |  |
| 3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben | |  | |  | |  | |  |
| 3.3 abzüglich Leistungen Dritter  (ohne öffentliche Förderung) | |  | |  | |  | |  |
| 3.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben | |  | |  | |  | |  |
| 3.5 Beantragte Förderung  (Nr. 4) | |  | |  | |  | |  |
| 3.6 beantragte / bewilligte öffentl. Förderung sonstiger Fördergeber (ohne Nr. 3.5) durch | |  | |  | |  | |  |
| 3.7 Eigenanteil  davon  a) zweckgebundene Spenden  b) finanzielle Beteiligung einer Kommune | |  | |  | |  | |  |
| 4. Beantragte Förderung | | | | | | | | |
| Zuwendungsbereich | Zuweisung    [EUR] | | Darlehen    [EUR] | | Schulden- diensthilfen  [EUR] | | v. H. d. Gesamt- kosten | |
| 1 | 2 | | 3 | | 4 | | 5 | |
| Bundesfinanzhilfen  erg. Landeszuwendungen |  | |  | |  | |  | |
| Summe |  | |  | |  | |  | |

|  |
| --- |
| 5. Begründung |
| 1. zur Notwendigkeit der Maßnahme (u. a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)      * 1. zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landes­interesse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten) |

|  |
| --- |
| 6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen |
| Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin / den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw. |
| 7. Erklärungen |
| Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass   * 1. mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwen­dungsbescheides nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluß eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten) und mit der Freimachung des Baufeldes nicht vor der Mitteilung der Bewilligungsbehörde über die Programmaufnahme begonnen wird.   2. sie / er zum Vorsteuerabzug  nicht berechtigt ist  berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nrn. 3.1 und 3.2)   berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer).   3. bei der Vorhabenplanung die zuständigen Behindertenbeauftragten oder Behindertenbei­räte bzw. – da die Gebietskörperschaft nicht über Behindertenbeauftragte oder Behinder­tenbeiräte verfügt – die Verbände im Sinne des § 5 des Behindertengleichstellungs­gesetzes v. 27.04.2002 (BGBl. I, S. 1467) angehört werden.   4. für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept nicht erforderlich ist, genehmigt/noch nicht genehmigt ist.  Falls genehmigt/noch nicht genehmigt: Der Eigenanteil für das Vorhaben ist im genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten, im noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten, im genehmigten/noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept nicht enthalten.   (Hinweis: Diese Angaben sind ggf. zu aktualisieren)   * 1. die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind. |
| 8. Anlagen (z. B. bei Zuwendungen für Baumaßnahmen) |
| Beigefügte Anlagen bitte ankreuzen:  Bau- und / oder Raumprogramm  Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme und Ausführungsart (Beschreibung des Vorhabens)  Darlegung, warum das Vorhaben nach Art und Umfang zur Verbesserung der Verkehrs­verhältnisse erforderlich ist und dass die Fördervoraussetzungen zum Zeitpunkt der Bewilligung vorliegen werden,  Erläuterung der verkehrlichen, städtebaulichen und umweltbedeutsamen Dringlichkeit des Vorhabens  Mitteilung, mit welchem Ergebnis eine Abstimmung mit städtebaulichen und strukturwirksamen Maßnahmen erfolgt ist  Übersichtsplan (Stadtplan o.ä.) mit Darstellung des kommunalen Gesamtverkehrskonzepts, oder ein für die Beurteilung gleichwertiger Plan  Vollständige Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus Flurkarte und Lageplan;  Bauentwurf in Anlehnung an die Richtlinien für die Entwurfsgestaltung im Straßenbau (RE); einschließlich Grunderwerbspläne und Grunderwerbsverzeichnisse  Lageplan 1:5.000 mit Einzeichnung des geplanten Gesamtvorhabens, dieses ggf. nach Bauabschnitten/Verkehrswerten unterteilt, einschließlich etwaiger bereits laufender oder fertiggestellter Abschnitte  Regelquerschnitt (alt/neu) mit Begründung  Darstellung der Beschaffenheit des Baugrundes (ggf. Altlasten)  Vermerk über die Anhörung der Behindertenvertretung zur Vorhabenplanung und eine Auflistung der Maßnahmen, die zur Erreichung der Barrierefreiheit geplant sind  Angaben über die Vorbereitung des Vorhabens, insbesondere über den Stand des Grunderwerbs, die planungsrechtlichen Voraussetzungen (Bebauungsplan/ Planfeststellung), die Beteiligungsbereitschaft Dritter (Verwaltungsvereinbarungen) sowie über das Ergebnis der erfolgten Abstimmung mit städtebaulichen und wirtschaftsstrukturellen Maßnahmen, die mit dem Bauvorhaben zusammenhängen, Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonst erforderlichen Genehmigungen, die - soweit bereits vorhanden - beizufügen sind  Kostenberechnung  Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens  Bauzeitplan  Vergleichsberechnungen für Anschaffungs- und Herstellungskosten und in besonders begründeten Fällen eine Wirtschaftlichkeits- und Folgekostenberechnung  tragfähiges Betreiberkonzept (nur bei Fahrradstationen) |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| , |  |  |
| Ort, Datum |  | (rechtsverbindliche Unterschrift) |

|  |
| --- |
| 9. Ergebnis der Antrags-Prüfung durch die baufachliche Stelle (Nr. 6.8 VVG) |
| Nach Prüfung der dem Antrag begeifügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - nicht - entspricht. Die baufachliche Stellungnahme wurde beigefügt.  Für die Durchführung der Baumaßnahme hat die Antragstellerin / der Antragsteller folgende Kosten veranschlagt: ................................... EUR  Aufgrund der Prüfung wird folgender Betrag als angemessen erachtet: ................................... EUR  Siehe gesonderten Vermerk über das Ergebnis der Prüfung des Antrages  \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  Ort / Datum (rechtsverbindliche Unterschrift) |